



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 16. Dez. 2005

Rossmann zur Föderalismusreform und Entscheidung der deutschen Ministerpräsidenten: Ein schwarzer Tag für die Bildung!

„Das ist ein schwarzer Tag für die Bildungsqualität und ihre Weiterentwicklung in Deutschland.“ So kommentiert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Ernst Dieter Rossmann die einstimmige Zustimmung der Ministerpräsidenten Deutschlands zu den Grundsätzen der Föderalismusreform.

Bei aller Unterstützung für die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung hat der Abgeordnete kein Verständnis dafür, dass in Zukunft wichtige Maßnahmen der Bildungsunterstützung und -förderung seitens des Bundes in den Ländern und Kommunen sogar vom Grundgesetz absolut ausgeschlossen werden sollen. Rossmann: „Diesen Ausschluss des Angebotsprinzips

halte ich für einen Rückschritt und keineswegs für vereinbar mit einer modernen Form des staatlichen Regierens. Es muss doch auch in Zukunft möglich sein, dass die höhere Ebene der darunter liegenden Ebene Angebote macht, die von dieser angenommen werden können, aber nicht angenommen werden müssen.“

So wegweisende Programme wie das Vier-Milliarden-Euro-Ganztagschulprogramm des Bundes seien nach den Plänen der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung in Zukunft nicht mehr möglich. Diese Programme, von denen z.B. auch der Kreis Pinneberg sehr stark profitiert habe, seien ein Beleg dafür, wie notwendig und wie erfolgreich eine bildungspolitische Initiative des Bundes bis in den schulischen Bereich hinein ist.

Rossmann: „Ohne die vier Milliarden Euro des Bundes würden wir bei den Ganztagschulen in Deutschland noch immer ganz am Anfang stehen und unendlich hinter dem übrigen Europa hinterherhinken. Mit der Initiative von SPD und Grünen konnte hier ein Aufbruch erreicht werden, der jetzt von niemandem mehr ernstlich in Zweifel gezogen wird.“

Auch an anderer Stelle hält der Abgeordnete es für absolut unklug, gerade im Bildungsbereich die Fördermöglichkeiten zwischen Bund und Ländern zu entkoppeln und den Bund in seinen Angeboten deutlich zurück zu schneiden. So sei allen Experten bewusst, dass in ein paar Jahren eine massive Steigerung von Studentenzahlen an den Universitäten zu erwarten ist. Rossmann: „Erfolgreiche Sonderprogramme, wie wir sie noch unter den bisherigen Bundesbildungsministern von Möllemann bis Bulmahn erleben konnten, sind mit den Regelungen der Föderalismusreform nicht mehr möglich.“

Reine Investitionsförderung wird den Hochschulen aber allein nicht helfen können.“

Der Abgeordnete begrüßt, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung neben einigen Landesregierungen aus den neuen Bundesländern diese Punkte kritisch in die Diskussion gebracht hat. Rossmann: „Allerdings muss die Regierung Carstensen hier nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen.“

Der Abgeordnete setzt jetzt darauf, dass sich im Gesetzgebungsverfahren, das im ersten Halbjahr 2006 abgeschlossen werden soll, noch sachliche Argumente durchsetzen können.